

Ressort: Vermischtes

Wirtschaft und Gewerkschaften fordern Rechtsanspruch auf Ganztagschulplatz

Berlin, 19.07.2013, 07:30 Uhr

GDN - Nach dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz fordern Wirtschaft und Gewerkschaften nun auch einen Rechtsanspruch für Schüler auf einen Platz in einer Ganztagschule. "Ganztagschulen sind für Eltern und Betriebe wichtig, um Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren zu können", sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Eric Schweitzer, der "Welt".

Derzeit könnten aber nicht einmal ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen eine Ganztagschule besuchen, obwohl 70 Prozent der Eltern eine Ganztagschulbetreuung für ihre Kinder wünschten. Ein Rechtsanspruch im Jahr 2020 könnte den Ausbau deutlich forcieren. Das bessere Betreuungsangebot werde die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen. "Das bedeutet letztlich auch mehr Steuereinnahmen - also eine Investition, die sich am Ende zum großen Teil selber finanziert." Der DIHK rechnet mit Investitionskosten von elf Milliarden Euro. Hinzu kommen Betriebskosten von rund acht Milliarden Euro ab dem Jahr 2020. "Wir brauchen einen Rechtsanspruch für einen Ganztagsplatz", sagte auch die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Elke Hannack, der "Welt". "Echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nur dann möglich, wenn Eltern ihr Kind auch am Nachmittag gut betreut und gefördert wissen", fügte sie hinzu. Die Ganztagschule biete große Chancen für einen ganzheitlichen Bildungsansatz und trage zu mehr Chancengleichheit bei. Auch Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) hält viel von einer Platzgarantie. "Der Rechtsanspruch auf eine Nachmittags-Betreuung von Schulkindern ist die logische Folge des Rechtsanspruchs auf einen Kita- und Kindergartenplatz", sagte sie der Zeitung. Es sei inkonsequent, den Eltern einjähriger Kinder einen Betreuungsplatz zu garantieren und den Eltern von Grundschulkindern nicht. Mit vereinten Kräften sei der Rechtsanspruch bis 2018 zu verwirklichen. Die FDP ist skeptisch. Präsidiumsmitglied Birgit Homburger sagte der "Welt": "Ein Rechtsanspruch geht zu weit. Was wir brauchen ist die Wahlmöglichkeit für Eltern. Es ist wichtig, dass es flächendeckende Angebote gibt. Allerdings müssen die sich am Bedarf orientieren. Es gibt Regionen, in denen ist der Wunsch nach Ganztagsbetreuung nicht sehr groß."

Bericht online:

<https://www.germailynews.com/bericht-17965/wirtschaft-und-gewerkschaften-fordern-rechtsanspruch-auf-ganztagschulplatz.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619